

## Fraktion fordert sofortigen Rücktritt

**GRÜNE** Einschreiben ist an Stadträtin Antje Kuessner unterwegs / Diese hält weiter am Mandat fest

Von Carina Schmidt

**MAINZ.** Die Mainzer Grünen haben am Montagabend bei ihrer Fraktionssitzung einstimmig beschlossen, Antje Kuessner dazu aufzufordern, „den angekündigten Rücktritt sofort formal zu vollziehen und alle Mandate niederzulegen.“ Das geht aus dem Protokoll hervor, über dessen Inhalt die AZ am Donnerstag von einer anonymen Quelle informiert wurde. Fraktionssprecherin Sylvia Köbler-Gross bestätigte auf Nachfrage den Beschluss: „Am Mittwoch ging ein Brief per Einschreiben an Antje Kuessner, indem ihr das mitgeteilt wurde.“

Ein Ausschluss ist noch nicht diskutiert

Rückblick: Im Frühjahr wurden gegen die Stadträtin Kuessner die Vorwürfe erhoben, dass sie sich in einer Nacht gegenüber einer Gruppe von jungen Leuten rassistisch geäußert haben soll, später außerdem Polizisten beleidigt habe. Kuessner kassierte zwei Anzeigen und kündigte ihren Rücktritt an. Am Mittwoch gab sie über ihren Anwalt bekannt, dass sie ihr Mandat doch nicht niederlegen werde. Allerdings werde sie ihre Tätigkeiten in Fachausschüssen niederlegen, da sie derzeit in Hameln ihre schwerkranke Mutter pflege.

Wie mit der Situation umgegangen werde, sollte die Stadträtin dem Wunsch ihrer Fraktion nicht Folge leisten, sei noch unklar, sagt Köbler-Gross: „Ein Ausschluss wurde noch nicht diskutiert.“ Sollte Kuessner die Fraktion verlassen und trotzdem weiter im Stadtrat bleiben, hat die Ampelkoalition nur noch 31 der 60 Stimmen.

Köbler-Gross macht auch deutlich: „Ich würde mir wünschen, wenn sie endlich das persönliche Gespräch mit den Mainzer Grünen sucht, anstatt über Dritte wie ihren Anwalt zu gehen.“

Laut Kuessners Anwalt Olaf Langhanki sei der Brief aus Mainz noch nicht bei ihr eingegangen. „Doch auch wenn der Inhalt zutrifft, wird es keinen Rücktritt geben“, betont er. Die angekündigte schriftliche Niederlegung der weiteren Posten sei aber per Post unterwegs, versichert er. Langhanki geht davon aus, dass die Mainzer Grünen sich noch für ihr Vorgehen bei einer derart unklaren Sachlage erklären müssen. „Bislang hätten wir noch keine Aktenübersicht.“ Normalerweise – so seine Erfahrung als Strafverteidiger – würde die Staatsanwaltschaft das nach vier Wochen gewährleisten. „Der Fall scheint also doch nicht so klar und überschaubar zu sein, wie das von der Mainzer Polizei vermittelt wurde“, gibt Langhanki zu bedenken.

## Zwischendrin und nichts von beidem

**INTERGENER** Xander Dorn will Anerkennung / Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht

Von Lisa Maucher

**MAINZ.** Offiziell gibt es in Deutschland nur Frauen und Männer. An diese Aufteilung muss sich jeder Mensch halten, ob er auf die Toilette im Restaurant geht, Formulare ausfüllt, oder eine Ansprache wählen muss. Seit 1. November 2013 gibt es in Deutschland für Neugeborene die Möglichkeit, geschlechterlos zu bleiben, zumindest auf dem Papier. In der Geburtsurkunde steht dann nicht weiblich oder männlich, sondern gar nichts. Auf diese Regelung wollen aber auch die zugreifen können, die vor 2013 geboren wurden.

Xander Dorn ist einer dieser Menschen. Der Mainzer wurde zwar mit männlichen Geschlechtsorganen geboren, fühlt sich aber nicht als Mann, bedeutet: weder weiblich noch männlich, ein wenig von beidem, aber ganz sicher nicht eins von beidem. Vor drei Jahren beantragte Dorn die Korrektur seines im Melderegister eingetragenen Geschlechts. Bis heute wartet er auf die Bearbeitung. Ein Ablehnungsschreiben habe er niemals erhalten, klagen kann er also auch nicht. Nun hofft er auf Karlsruhe.

Kritik an Ausgrenzung und Stigmatisierung

Die Kampagnengruppe „Für eine dritte Option“ reicht am Freitag eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein. Xander Dorn ist einer der Menschen, die Anerkennung wollen. Er will so bleiben, wie er ist, sieht nichts Falsches an seinem Unverständnis gegenüber Geschlechterrollen. Falsch hingegen seien die Wahrnehmung von außen, die gesellschaftliche Stigmatisierung, die Ausgrenzung und die Pathologisierung. Gegen diese setzt er sich persönlich und politisch ein. Er ist Mit-



**Der Politiker Xander Dorn kämpft für die Anerkennung seines Geschlechts, persönlich und politisch.** Archivfoto: Carina Schmidt

glied der Linksfraktion im Mainzer Stadtrat und, seitdem er im März aus der Piraten-Partei ausgetreten ist, parteilos.

Für Neugeborene wurde in Mainz bisher keine Geburtsurkunde ohne Geschlechterbestimmung beantragt, teilt Marc André Glöckner, Pressesprecher der Stadt Mainz, mit. Die Linksfraktion hat vergangenes Jahr eine ausführliche Anfrage an die Stadt gestellt und darin abgeklöpft, inwiefern die Stadtverwaltung gewillt ist, auf Formularen eine dritte Geschlechterbeschreibung einzuführen. Beim Anmeldeformular für städtische Kindertagesstätten ist es möglich, kein Geschlecht anzugeben. Bei der Ausstellung von Dokumenten allerdings ist die Angabe des Geschlechts Pflicht – mit zwei Wahlmöglichkeiten. Möchte eine erwachsene Person ihr Geschlecht bei der Stadtverwaltung ändern lassen, geht das nur auf Anordnung des Gerichts.

Eine Vorgehensweise, die Xander Dorn nicht gutheißt, weil sie ihn diskriminiert. Weil sie ihn, seiner Meinung nach, nicht als das akzeptiert, als was er sich sieht: weder als Mann noch als Frau.



20 Jahre Mainzer Frauenhaus: Festakt mit Ministerin Anne Spiegel (re.).

Foto: hbz/Harry Braun

## Engagiert, etabliert, erfolgreich

**FRAUENHAUS** Sozialdienst Katholischer Frauen feiert 20-jähriges Bestehen

Von Mareike Keiper

**MAINZ.** Mit einer Podiumsdiskussion und zahlreichen prominenten Gästen feierte der Sozialdienst Katholischer Frauen (SKF) das 20-jährige Bestehen seines Frauenhauses und des Fördervereins.

Zum Gratulieren kamen nicht nur Anne Spiegel, rheinland-pfälzische Ministerin für Familien, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, und ZDF-Moderatorin Petra Gerster. Auch aus der Stadt zeigten sich etliche Amtsträger, wie beispielsweise der Mainzer Sozialdezernent Kurt Merkator und der Diözesanadministrator des Mainzer Bistums, Dietmar Giebelmann.

Der Konsens des Abends war ganz klar der Dank für die hervorragende Arbeit. „Das Frauenhaus hat einen hohen Stel-

lenwert, hier wird seit 20 Jahren engagiert und erfolgreich gearbeitet, und dafür möchte mich bedanken“, betonte Ministerin Spiegel. Im September 1996 wurden das Frauenhaus und sein Förderverein gegründet, der Weg dahin sei allerdings schwierig gewesen, sagte Gabriele Hufen, Vorsitzende des Trägervereins Sozialdienst katholischer Frauen. Erst in den 1970er Jahren habe es durch die autonome Frauenbewegung Fortschritte im Kampf gegen Gewalt in sozialen Beziehungen gegeben, Solidarisierung gab es wenig.

Nach der Gründung des Mainzer Hauses sei ein Vertragsabschluss erst schwierig gewesen, und auch die Trägerschaft des SKF wurde wegen des Bezugs zur katholischen Kirche harsch kritisiert, erinnerte sich Dezernent Merkator. Inzwischen ha-

be sich das Haus jedoch etabliert, insgesamt kamen in den 20 Jahren 1200 Frauen dorthin, um Schutz zu suchen.

„Auch wenn sich die Situation rund um Gewalt in sozialen Beziehungen verbessert hat, sind Frauenhäuser leider noch immer wichtig, vor allem wegen der Flüchtlingsproblematik.“

Gabriele Hufen, Vorsitzende des Trägervereins SKF

Doch nach wie vor gibt es Probleme. Das wurde in der Podiumsdiskussion thematisiert. Vor allem die Finanzie-

rung und die Überbelegung in den Frauenhäusern stellen Schwierigkeiten dar. „Wir haben keine exakten Zahlen, aber etwa 9000 Frauen wurden 2013 in den Frauenhäusern abgewiesen“, sagte Gisela Pingel-Rainer, Vorsitzende der Frauenhauskoordination.

Gabriele Hufen betonte, dass die Gewalt in Beziehungen nicht abgenommen habe. Einzig positiv sei, dass die Frauen offener damit umgingen und sich Hilfe suchten. Deshalb seien Frauenhäuser auch nach wie vor nötig, bedauerte sie: „Auch wenn sich die Situation rund um Gewalt in sozialen Beziehungen verbessert hat, sind Frauenhäuser leider noch immer wichtig, vor allem wegen der Flüchtlingsproblematik. Aber die verbesserte Lage macht auch Mut für die Zukunft.“

## Inhalte glaubwürdig vertreten

**PRESSECLUB** Regierungssprecherin Andrea Bähler spricht über Prinzipien, Arbeitsalltag und den Flughafen Hahn

Von Eva Kütscher

**MAINZ.** Erst das Misstrauensvotum gegen Malu Dreyer, jetzt der Hahn – das war kein leichter Start für die rheinland-pfälzische Regierungssprecherin Andrea Bähler. In bisher 60 Tagen Amtszeit hat sie schon des Öfteren Rede und Antwort stehen müssen. So auch jetzt im Erbacher Hof, wo sie dem Presseclub Mainz für eine erste Bilanz bereit stand und auch zu den Problemen der Landesregierung Stellung nahm.

„Zweiunddreißig Komma sechs sieben Milliarden“ – diese lange Zahl, in drei Reihen geschrieben, liest Bähler aus einer kleinen Kiste vor, die ihr als Geschenk überreicht wurde. Die Kiste sollte die Staatskasse von Rheinland-Pfalz sein – und die mehr als 32 Milliarden Euro die Schulden des Landes. Doch das ist nur eines der Probleme, das die Regierungssprecherin in ihrem Urlaub beschäftigte. „Was uns Rheinland-Pfälzer massiv beschäftigt, sind die Vorkommnisse seit dem Militärputsch in der Türkei. Wir sind eine Gesellschaft, in der sehr viel Skepsis gegenüber Medien und Politik herrscht. Als Journalistin weiß ich, wie viel Vertrauen verloren gegangen ist. Das ist nicht nur ein Problem der Öffentlichkeit, sondern auch von Politik und Medien“, erklärt sie. Die Herausforderung sei es nun,



**Hermann-Josef Berg, Vorstandsbeauftragter des Presseclubs, überreicht der Regierungssprecherin Andrea Bähler eine Schatzkiste, die die Staatskasse von Rheinland-Pfalz darstellen soll.** Foto: hbz/Harry Braun

Inhalte glaubwürdig zu vertreten. Das Vertrauen könne man nur mit der Wahrheit zurückgewinnen.

Dieses Prinzip hat sie sich auch in ihrer Arbeit zum Ziel gesetzt. „Ich kann nur dann als Pressesprecherin arbeiten, wenn es ein Einvernehmen gibt, dass nichts so bestechlich ist wie die Wahrheit“, so Bähler. Gerade in Bezug auf die Hahn-Affäre wolle sie mehr Transparenz schaffen. Sie gab bekannt, zu überlegen, den gesamten Schriftverkehr mit der KPMG offen zu legen. Der

Leser solle sich so ein komplettes Bild über die Situation machen. Auf die Frage von Hermann-Josef Berg, freier Journalist und Vorstandsbeauftragter des Presseclubs, wann der Flughafen denn Insolvenz anmelden wird, gab sich Bähler optimistisch. In der zweiten Angebotsphase seien mehr Anfragen von Interessenten als beim letzten Mal eingegangen. Natürlich könne man nichts versprechen, aber es deutete vieles daraufhin, dass der Hahn weiter laufen könne. Neben den Problemen des Lan-

des ging es in dem Gespräch auch um den Arbeitsalltag und den beruflichen Werdegang von Andrea Bähler, um Privates, um den Regierungsstil Malu Dreyers und um die Stimmung in der Koalition. Letztere beschreibt Bähler als „es geht nicht besser“. Das begründet sie damit, dass jede Partei der anderen Luft zum Atmen lasse. Und das Besondere an Dreyers Regierungstil? Dass sie viel kommuniziere und jede Meinung sehr ernst nehme, unabhängig des Dienstgrades.

## Ziel: Dauerhafter Frieden

**MAINZ** (fla). „Schieß erst mal alles kurz und klein. Ein Grund wird schon zu finden sein.“ Mit solchen Zeilen übt Sänger Rüdli Lameng am Donnerstag am Neubrunnenplatz in Mainz mit viel Ironie Kritik an der politischen Situation in der Welt. Rüdli Lameng sorgte bei der Kundgebung durch die „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)“ für den musikalischen Rahmen. Das Datum wurde dabei ganz bewusst gewählt, denn der 1. September 1939 war mit dem Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen der Beginn des 2. Weltkrieges. „Nie wieder Krieg! – Das war eine der Lehren, die man damals aus dem Krieg gezogen hat!“, sagt Gernot Lennert, Landesgeschäftsführer der DFG-VK Rheinland-Pfalz und der DFG-VK Hessen. Doch heutzutage sehe es nicht so aus, als ob jeder die Lehre gezogen habe. Lennert: „Wir haben Spannungen zwischen Russland auf der einen Seite und der Nato und der EU auf der anderen Seite, die an den Kalten Krieg erinnern.“ Weiterhin kritisiert er, dass die Wehrpflicht zwar 2011 ausgesetzt wurde, aber immer noch über Kriegsdienstzwang im Rahmen von Notstandsgesetzen debattiert wird. Der Verein kritisiert Gewalt und Unterdrückung von Menschenrechten. „Wir hatten einen in der Ukraine inhaftierten Journalisten, der es gewagt hat, dazu aufzurufen, an diesem Krieg nicht teilzunehmen. Wir haben eine internationale Protestkampagne losgetreten. Und siehe da - er wurde freigelassen.“ Solche kleinen Erfolge sind immerhin Schritte auf dem Weg zum dauerhaften Frieden, dem Ziel der Gesellschaft.

### REDAKTION MAINZ

<b>Sekretariat:</b>	
Christina Köchs	-5845
Isabella Brandau	-5945
Fax:	06131-48-5848
E-Mail:	az-mainz@vrm.de
<b>Redaktion:</b>	
Monika Nellessen (mon)	-5840
Michael Erfurth (mer)	-5843
Michael Bermetinger (ber)	-5809
Maik Hessendenz (mhz)	-5944
Michael Jacobs (mij)	-5941
Neli Mihaylova (alm)	-5952
Carina Schmidt (csc)	-5936
Kirsten Strasser (kis)	-5942
<b>Blattmacher:</b>	
Johannes Bolwin, Cornelia Brück, Angelika Dorweiler, Susanne Einhäuser, Petra Jung, Annette Kapp	
<b>Regionale Verkaufsführer:</b>	
Anzeigen: Achim Pfleger	-4710
Lesermarkt: Bernd Atorf	-4951

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Firma Vitalis bei.

### Allgemeine Zeitung

<b>MAINZER ANZEIGER</b>
Geschäftsstelle und Redaktion: Markt 17, 55116 Mainz
<b>Herausgeber:</b> Hans Georg Schrücker
<b>Verlag:</b> Verlagsgesellschaft Rhein Main GmbH & Co. KG, Erich-Dombrowski-Straße 2, 55127 Mainz, (zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen), Postfach 3120, 55021 Mainz, Tel. (06131) 4830; Fax (06131) 485868; AG Mainz HRA 0535, pHG: Verlagsgesellschaft Rhein Main Verwaltungsgesellschaft mbH.
<b>Geschäftsführung:</b> Hans Georg Schrücker (Sprecher), Dr. Jörn W. Röper
<b>Chefredakteur:</b> Friedrich Roebling, Mainz (redaktionell verantwortlich)
<b>Mitglied der Chefredaktion:</b> Christian Matz
<b>Redaktionsleitung Mainz:</b> Monika Nellessen, Michael Erfurth (Stv.), <b>Redaktionelle Koordination:</b> Ulrich Gerich
<b>Newsdesk:</b> Christine Bausch
<b>Politik:</b> Reinhard Bredenbach (Ltg. und Chefredakteur) <b>Wirtschaft:</b> Ralf Heidereich
<b>Feuilleton:</b> Jens Frederiksen
<b>Sport:</b> Dennis Rink, Andreas Riechert (Stv.)
<b>Nachrichten:</b> Claudia Nauth, Ute Siegfried-Henkel, Andreas Härtel
<b>Berliner Büro:</b> Eva Quadbeck, Dr. Gregor Mayntz
<b>Technische Koordination:</b> Reinhard Kächler
<b>Magazinredaktion:</b> Claus Wolff
<b>Crossmedia/Foto/Bewegtbild:</b> Alexandra Eisen, Sascha Kopp
<b>Chefredakteur Online:</b> Lutz Eberhard
<b>Geschäftsleitung Markt:</b> Bernd Koslowski
<b>Anzeigen:</b> Gerhard Müller (verantwortlich)
<b>Lesermarkt:</b> Angela Harms
<b>Logistik:</b> Lars Groth
<b>Druck:</b> Druckzentrum Rhein Main GmbH & Co. KG, Alexander-Fleming-Ring 2, 65428 Rüsselsheim. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Haftung. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages. Bezugspreis monatlich inkl. MwSt. und Zustellung im Paket „Print & Web“ 34,90 € (Träger), 37,40 € (Post/Inland). Abonnementkündigungen müssen schriftlich bis zum 5. des Monats zum Monatsende im Verlag vorliegen. Bei Lieferungsbehinderungen ohne Verschulden des Verlages oder infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Entschädigung. Anzeigenpreise laut Preisliste Nr. 44 vom 1. Januar 2016. Für private Gelegenheitsanzeigen gilt die Preisliste Nr. 14 vom 1. Juni 2016.